

# Elbe-Jeetzel-Zeitung

Niedersächsisches Tageblatt | Amtliches Kreisblatt | Zeitung für das Wendland | Jeetzel-Zeitung Dannenberg | Allgemeiner Anzeiger

Das **Bessere** am Norden sind unsere **Jobangebote**.

**MEHR REICHWEITE!  
MEHR ANGEBOTE!  
MEHR ERFOLG!**

 sicherdirnenjob.de

## Mehr Einlagen, weniger Personal

„Zufriedenstellend“: Bilanz der Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg



» Seite 3

## Ingwer, nachhaltiger

Safthersteller Voelkel engagiert sich in Peru für einen Trend-Rohstoff



» Seite 4

## 1:2-Niederlage im Kellerduell

VfL Breese/Langendorf geht in der Landesliga auch in Uelzen leer aus



» Seite 15

## SV Küsten müht sich zum Derbysieg

In der Bezirksliga macht es der SC Lüchow dem Favoriten beim 2:4 schwer



» Seite 16

## WETTER

12°  
7°



Sonnenschein und Wolkenfelder wechseln sich ab, und es bleibt bis zum Abend überwiegend trocken. Der Wind weht meist schwach bis mäßig aus südlichen Richtungen.



4190257401500



IM DURCHSCHNITT VIER FAHRGÄSTE PRO TOUR

## Noch zu viel Luft

Seit über einem Jahr verkehrt der Landesbus 7000 zwischen Lüchow und Uelzen nach einem festen Takt. Die LSE -Busse machen auch Werbung dafür – aber noch fehlt es an Fahrgästen. » Seite 2

# Umweltminister will Klimaziele bald verschärfen

Olaf Lies (SPD) hält niedersächsisches Gesetz von Ende 2020 schon nicht mehr für ausreichend. Kommt jetzt eine Photovoltaikpflicht für alle privaten Neubauten?

VON MICHAEL B. BERGER

Hannover. Niedersachsens Klimaschutzpläne werden womöglich noch in dieser Wahlperiode verschärft. Umweltminister Olaf Lies (SPD) will ein neues Klimagesetz verwirklichen, das dem Land ehrgeizigere Ziele setzt als bislang. Der Koalitionspartner CDU zeigt sich Gesprächsbereit.

Lies schlägt vor, den öffentlichen Personennahverkehr zu stärken, vor allem auf dem flachen Land. „Hier brauchen wir eine höhere Qualität und Quantität. Ein Zwei-Stunden-Takt im ländlichen Raum ist kein ernsthaftes Angebot“, betonte Lies. Vielmehr müssten neben der Einführung einer Mindesttaktung intelligentere Modelle für On-Demand-Verkehre, Sammeltaxis oder auch Bürgerbusse erprobt und zukünftig schrittweise flächendeckend angeboten werden.

Das Land müsse zudem bei der Förderung von Unterneh-

men stärker darauf achten, ob Subventionen aktiv zum Klimaschutz beitragen, so der Umweltminister. Schärfere Beschränkungen sollte man auch beim gesetzlich erlaubten Verbrauch von Flächen einführen. Hierzu müsste das Naturschutzgesetz angefasst werden.



„Wir wollen auch kein Landesgesetz haben, das hinter die künftigen Vorschriften des Bundes zurückfällt.“

Olaf Lies (SPD),  
Umweltminister

Das bisherige, erst im Dezember 2020 verabschiedete Klimagesetz nannte Lies „ambitioniert, aber nicht gerade überambitioniert“. Die Opposition hatte an dem Gesetz heftige Kritik geübt. Es gibt vor, das Niedersächsische bis 2050 klimaneutral sein soll.

Lies betonte, es bestehe schon deshalb Handlungsbedarf, weil das Bundesverfassungsgericht unmissverständlich eine konkretere Klimagesetzgebung verlange. „Da wollen wir als Land natürlich unseren Teil beitragen. Wir wollen auch kein Landesgesetz haben, das hinter die künftigen Vorschriften des Bundes zurückfällt“, sagte der niedersächsische Umweltminister.

Ein Thema sei in der Regierungskoalition mit der CDU in Hannover schon angesprochen worden: die Verpflichtung, bei privaten Neubauten Photovoltaik aufs Dach zu setzen. „Wir müssen natürlich auch als Land

mit gutem Beispiel vorangehen und in unsere eigenen Immobilien wie auch die eigenen Fahrzeuge investieren“, sagte der SPD-Politiker. Dies sei angesichts steigender Energie- und Baukosten nicht zuletzt wirtschaftlich geboten. „Wenn wir jetzt nicht forciert investieren, wird es am Ende teurer für das Land – und für die Steuerzahlerinnen und -zahler.“ Wie viel das Land in den kommenden Jahren investieren müsse, sagte der Minister indes nicht.

Der umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Martin Bäumer, bezeichnete Lies' Vorhaben als „von den Zeitabläufen her sehr ehrgeizig“. Die Wahlperiode endet in knapp einem Jahr. „Dass wir in allen Bereichen Konkretisierungsbedarf bei der Erreichung der Klimaziele haben, ist unstrittig“, sagte Bäumer. Man müsse nun in einer zweiten Runde aber konkret darstellen, was man vorhabe und was das koste.

## Erdogan droht Botschaftern

Istanbul/Berlin. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat mit der angedrohten Ausweisung von zehn Botschaftern die Beziehungen des Westens zur Türkei vor eine neue Belastungsprobe gestellt. Die betroffenen Staaten, darunter Deutschland und die USA, berieten am Sonntag über eine angemessene Reaktion.

Erdogan hatte zuvor im west-türkischen Eskisehir gesagt, er habe das Außenministerium angewiesen, die zehn Botschafter zur „Person non grata“ zu erklären. Ein solcher Schritt bedeutet in der Regel die Ausweisung der Diplomaten.

Hintergrund der Äußerungen Erdogans ist eine Erklärung der Botschafter von Anfang der Woche. Darin fordern sie die Freilassung des türkischen Unternehmers und Kulturförderers Osman Kavala. Der 64-Jährige sitzt seit 2017 in Istanbul in Untersuchungshaft, obwohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte schon 2019 seine Freilassung angeordnet hatte.

Kavala wird unter anderem beschuldigt, die regierungskritischen Gezi-Proteste in Istanbul 2013 unterstützt und einen Umsturzversuch angezettelt zu haben. » Politik

# Ein Do-it-yourself-Haus im Problemviertel

Bremerhaven versucht sich an neuem Projekt zur Stadtentwicklung

VON JANET BINDER

Bremerhaven. Nach niederländischem Vorbild hat die Stadt Bremerhaven im Problemviertel Goethequartier ein neues Projekt zur Stadtentwicklung initiiert: Aus einer ehemaligen Schrottimobilie wird derzeit

ein Klushuizen, ein Do-it-yourself-Haus. Die städtische Wohnungsgesellschaft Stäwog hat das Gründerzeithaus gekauft und die äußere Hülle saniert.

Nun bietet sie die acht entkernten Wohnungen Menschen preisgünstig an, die Geld für den Ausbau mitbringen und sich im Viertel engagieren wollen. Wände müssen gesetzt, Wasser- und Stromleitungen verlegt, Heizkörper, Bad und Küche installiert werden. „Es geht uns nicht um Rendite, sondern um Quartiersentwicklung“, sagt Markus Wickmann von der Stäwog.

Im Goethequartier in Bremerhaven-Lehe lebt jedes zweite Kind in Armut, jeder dritte Erwerbsfähige ist hier arbeitslos, die Anzahl der verwahrlosten Immobilien ist hoch – dazu gehörte auch das von der Stäwog auf den Namen „Louis“ getaufte Mehrfamilienhaus. Kaufinteressenten für die bis zu 66 Quadratmeter großen Wohnungen im Klushuizen-Projekt können sich noch bis zum 31. Oktober bewerben.

„Uns ist wichtig, dass da Menschen einziehen, die hier leben und sich engagieren möchten“,

sagt Stäwog-Mitarbeiterin Sabine Septinus. In Rotterdam startete das Klushuizen-Projekt 2004 als Experiment, um Men-



Die Wohnungen in dem Gründerzeithaus sind entkernt, der Ausbau ist nun Sache der Käufer.

Foto: Sina Schuldt/dpa

schen aus höheren sozialen Schichten in einem Problemviertel anzusiedeln. Das Konzept etablierte sich in anderen niederländischen Städten – und schwappt nun rüber nach Deutschland.

In Gelsenkirchen etwa wurden auch schon ähnliche Modellprojekte angeschoben, ein Klushuizen könnte folgen. „Man muss nur aufpassen, dass man die neuen Bewohner nicht überfordert mit dem Ausbau“, meint Helga Sander, die Geschäftsführerin der dortigen Stadterneuerungsgesellschaft.